



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Frankreichs Allianzversuche 1868 bis 1870. 2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nebst der dazugehörenden Munition schaffen will. Hierfür liegt Tetschou ganz besonders günstig, denn der Kaiserkanal vermittelt eine gute Verbindung sowohl nach Norden wie nach Süden, und ferner ist beabsichtigt, die Eisenbahn Tientsin-Tsi-nan-fu über Tetschou gehn zu lassen. Die für das Arsenal in Tetschou bestimmten Gebäude, die im vergangnen Winter schon nahezu vollendet waren, sind inzwischen fertig worden. Infolgedessen konnte auch schon mit der Aufstellung der Maschinen begonnen werden, von denen ein Teil aus dem ehemaligen Arsenal von Tientsin stammt.

Neben Tetschou sind von nennenswerten, im Bau begriffnen Arsenalen noch aufzuführen: das Arsenal von Mantschang-fu in der Provinz Kiang fu, das von Tschang-sha-fu in der Provinz Hunan und das von Tscheng-tu-fu in der Provinz Szetchouan. Von diesen drei Anlagen ist die zuletzt genannte am weitesten vorgeschritten und mit Maschinen teilweise schon ausgestattet.

Um vollzählig in der Aufzählung der chinesischen Waffenarsenale zu sein, müssen außer den großen Plätzen auch die wichtigsten der Kleinern genannt werden, da nach zuverlässigen Nachrichten auch in ihnen zurzeit ein sehr reger Betrieb herrscht. Es sind dies die Arsenale von Kaiteng-fu in der Provinz Hunan, von Hsi-an-fu in Schassi und Kweitschou in der Provinz Kweitschou, von Lokou bei Tsi-nan-fu in der Provinz Schantung und Tay-yüan-fu in der Provinz Schansi.

Die in der Mandschurei liegenden Arsenale von Mukden, Kirin und Tsi-tsi-kar sind seit dem Jahre 1900 nicht mehr in Betrieb.



Frankreichs Allianzversuche 1868 bis 1870

2



ie war nun bis dahin die Haltung Österreichs, die Haltung seines leitenden Staatsmannes gewesen? Er hatte, von gleichen Gefühlen über den Aufschwung Preußens erregt, den Eröffnungen des Kaisers Napoleon sein Ohr geliehen, aber er war jeder bestimmten Verpflichtung ausgewichen. Er hatte sich zu einer gemeinsamen Politik bereit erklärt, aber zugleich im Fall eines Krieges ausdrücklich die Neutralität Österreichs vorbehalten. Er war zum Zustandekommen eines Dreibunds behilflich, aber aus dessen Bestimmungen entfernte er sorgfältig jeden Schein aggressiver Absichten. Er ließ sich in die Erörterungen von Plänen ein, deren Durchführung unzweifelhaft den Krieg bedeutete, aber er hütete sich, einen Pakt zu unterschreiben, der seinen freien Willen vorzeitig gebunden hätte: „für jetzt“ war die tätige Mitwirkung Österreichs nicht zu haben. Und nun, wenn sich die österreichische Politik nicht von dieser Linie abdrängen ließe, wie war ihre Wirkung auf die über Sadowa brütenden

Gedanken des Kaisers Napoleon? War sie geeignet, ihn in kriegerischen Absichten zu bestärken oder diese zu dämpfen? Ihm jede Aussicht auf eine tätige Allianz zu benehmen oder ihm diese doch immer als möglich, ja wahrscheinlich erscheinen zu lassen? Hier liegt das Problem. Nicht Österreich trug die Schuld, daß der erste Entwurf eines Bündnisvertrags unvollzogen blieb, der, wie unbestimmt immer sein Inhalt war, doch die drei Mächte in einem gemeinsamen, kaum verborgnen Ziel vereinigte. Man wird zugeben, daß diese Politik zum mindesten zweideutig gewesen ist. War sie friedlich gemeint, so konnte sie auch anders verstanden werden. Beust selbst hat später seine unverbrüchliche Friedensliebe beteuert. Sein Bestreben sei gewesen, dem Kaiser Napoleon jede Illusion zu benehmen und ihn dadurch von einer kriegerischen Politik zurückzuhalten, und Sybel wie auch Busch sind geneigt, ihm Glauben zu schenken: Beust habe nur deswegen den Faden nicht abreißen lassen, um Napoleon den Dritten an die österreichische Friedenspolitik zu binden, und dies sei ihm auch gelungen, denn die Monarchenbriefe seien ein Rückzug von der Allianzpolitik gewesen, das Bündnisprojekt sei zunächst ganz fallen gelassen worden. Nun ist ohne weiteres einzuräumen, daß auf Seiten Österreichs starke Gründe in die Waagschale einer friedlichen Politik fielen: die Abneigung der Ungarn gegen die Rückkehr eines österreichischen Präsidialgesandten an den deutschen Bundestag, wie die Abneigung der Deutschösterreicher gegen einen Krieg mit dem stammverwandten Deutschland, vor allem aber die Notwendigkeit, nach der Erschütterung des Jahres 1866 die Kräfte der Monarchie wieder zu sammeln und das Heer in einen bessern Stand zu versetzen. Man versteht also vollkommen, daß Beust einer kriegerischen Entscheidung für die nächste Zeit mit allen Kräften vorbeugen wollte, aber es beweist dies noch nichts für seine aufrichtige Friedensliebe. Er konnte die Einwilligung zu einem Kriegsbündnis so lange als möglich hinauszuziehen, gerade um dessen Erfolg um so besser zu sichern. Beusts Freund, der hessische Minister von Dalwigk, der es wissen konnte, sagte im Oktober 1868 in Straßburg zum General Ducrot: „Mein Freund von Beust glaubt, daß der Krieg allein Österreich wieder emporbringen kann, aber er will noch warten, da er meint, Österreich gewinne von der Zeit mehr Vorteil als Preußen.“ Daß in Wien eine einflußreiche Partei zum Krieg drängte, ist doch unzweifelhaft, und schließlich, was bedeutete überhaupt die Erhebung Beusts zum Vizekanzler des Kaiserstaats, wenn nicht die Absicht der Vergeltung für Königgrätz? Und was bedeutete der Allianzvertrag, der allerdings ununterschieden in den Kabinetten lag, was bedeutete er andres, als daß sich die Genossen zu einer gemeinsamen Politik mit Napoleon dem Dritten verbanden, dessen Absichten nach den ersten Aufforderungen zu einer Defensiv- und Offensivallianz nicht zweifelhaft waren? Daß trotz der bis jetzt konsequent festgehaltenen Friedenspolitik in Wien noch ganz andre Gedankengänge verfolgt wurden, beweist der Besuch, den der Erzherzog Albrecht im März und April 1870 in Paris machte.

Über die militärischen Verabredungen, die der Sieger von Custozza in Paris einleitete, und die dann im Juni durch den General Lebrun in Wien fortgesetzt

wurden, hat dieser in seinen Souvenirs Mitteilungen gemacht, denen nicht widersprochen worden ist. Es ist hiernach ein förmlicher Kriegsplan gegen Preußen vereinbart und bis in seine Einzelheiten durchgesprochen worden, und die Frage ist bloß die: war dies eine rein akademische Beschäftigung, wobei man nur den irgend einmal möglichen Ausbruch eines Krieges in Rechnung nahm, oder war es die Vorbereitung für eine sicher und in bestimmter Frist in Aussicht genommene Aktion? Der Erzherzog schlug einen raschen Frühjahrsfeldzug vor, den Frankreich mit dem Einbruch in Süddeutschland eröffnen sollte. Oesterreich bei seiner langsamern Mobilmachung sollte sechs Wochen später in Aktion treten, in der Gegend von Nürnberg würde sich die französische Hauptarmee mit den heranrückenden Oesterreichern und Italienern vereinigen, worauf in den Ebenen Sachsens die Hauptschlacht geschlagen würde. Dieser Plan war aber nicht im Sinne des Kaisers und seiner militärischen Ratgeber. In einem Kriegsrat, den er am 19. Mai mit dem Kriegsminister Leboeuf und den Generalen Frossard, Lebrun und Sarraz hielt, wurde einmütig festgestellt, daß man von Oesterreich und von Italien nicht bloß gleichzeitige Mobilisierung, sondern auch gleichzeitige Kriegserklärung und gleichzeitigen Beginn der Operationen als *conditio sine qua non* verlangen müsse. Diese Weisung nahm der General Lebrun mit, der am 6. Juni in Wien ankam, und der hier zwar die lebhaftesten Sympathien für Frankreich antraf, aber zugleich auf starke Einwendungen gegen den von ihm überbrachten Plan stieß. In fünf Konferenzen, die er mit dem Erzherzog hatte, wurden die Einzelheiten einer Militärkonvention besprochen, die Grundbedingung Napoleons aber, die gleichzeitige Eröffnung der Feindseligkeiten, bestimmt zurückgewiesen, und als Lebrun am 14. Juni vom Kaiser Franz Joseph in Laxenburg empfangen wurde, erklärte dieser ausdrücklich, daß er den Frieden wolle, die innere wie die äußere Lage seines Reiches nötige ihn zu einer Friedenspolitik, und nur gezwungen würde er sich zum Krieg entschließen können. Würde er zugleich mit Frankreich den Krieg erklären, so wäre dies Wasser auf die Mühle Preußens, denn es würde dadurch das Nationalgefühl in ganz Deutschland und in Oesterreich selbst aufgereizt werden, und nur dann könnte er gemeinsame Sache mit Napoleon machen, wenn dieser mit seiner Armee nicht als Feind, sondern als Befreier in Süddeutschland erschiene.

Man ersieht aus diesem Bericht des Generals Lebrun, wie, je mehr es mit der Verschwörung ernst wurde, um so mehr sich die österreichischen Staatsleiter der schweren Verantwortlichkeit eines kriegerischen Entschlusses bewußt wurden, und wie sich wenigstens der Kaiser mit dem äußersten Widerstreben in eine Politik hineinziehen ließ, deren Folgen sich schwer berechnen ließen. Aber man wird doch nicht sagen können, daß die mehrtägigen Konferenzen über einen gemeinsamen Feldzug gegen Preußen lediglich eine akademische Bedeutung gehabt hätten. Auf österreichischer Seite wies man die Aufforderung zu einer kriegerischen Mitwirkung nicht rundweg zurück, man machte diese nur von ganz bestimmten Bedingungen abhängig, und Lebrun wurde nicht mit allgemeinen Versicherungen des guten Willens und „lebhaftester Sympathie“ abgespeist, sondern

er konnte dem Kaiser Napoleon ausgearbeitete Entwürfe des Erzherzogs Albrecht überbringen. Diese Vorschläge fanden allerdings nicht den Beifall des Kaisers Napoleon, der nach den vorausgegangnen Verhandlungen auf ein größeres Entgegenkommen gerechnet hatte. Eine Einigung ist nicht zustande gekommen, die militärischen Besprechungen sind nicht durch einen Pakt bestiegelt worden. War doch der Kaiser selbst vermöge seiner natürlichen Scheu und Unentschlossenheit noch weit davon entfernt, mit geradem Blick auf eine kriegerische Entscheidung loszusteuern. Aber die Frage ist die, ob die Ergebnislosigkeit der Sendung Lebruns von der Art war, daß sie dem Kaiser die Hoffnung auf Österreichs Mitwirkung überhaupt benehmen mußte. Darüber war kein Zweifel, daß die Zusage gleichzeitigen Losschlagens von Österreich nicht zu erlangen war. Aber die paar Wochen bis zur Vollendung der österreichischen Rüstungen dachte man sich doch mit französischen Siegen ausgefüllt. Sogar in Deutschland war man überwiegend der Meinung, daß im Fall eines Krieges im Anfang den französischen Waffen das Glück lächeln würde. Kamen dann die Österreicher sechs Wochen später, so war es immer noch Zeit, mit ihrer Hilfe die entscheidenden Schläge zu führen. Und so konnte auch die andre Bedingung, hinter der sich der Kaiser Franz Joseph verschanzt hatte, kaum als ein unübersteigliches Hindernis erscheinen. War es denn damals so gar undenkbar, daß die französischen Heere in Süddeutschland als Befreier aufgenommen wurden? War nicht die Haltung der süddeutschen Regierungen so, daß sie in Frankreich die Meinung erwecken konnte, die Allianzverträge, die sie an Preußen banden, seien ihnen wider Willen aufgezwungen, und sie harrten nur auf den Erlöser, der sie von diesem Joch befreie? Und die Gesinnung der Bevölkerung, war sie eine andre? Am lautesten vernehmlich machten sich doch die Demokraten in Württemberg und die Patrioten in Bayern, die auch in den Kammern das große Wort führten. Und hörte man damals nicht die schimpfliche Losung: Lieber französisch als preussisch? So viel ist gewiß: gelang den Franzosen der beabsichtigte rasche Einbruch in Süddeutschland, so wurde die politische Haltung der vom Norden abgetrennten Staaten auf eine schwere Probe gestellt. Wenn also der Kaiser von Österreich den Abfall Süddeutschlands zur Bedingung des Eintritts in den Krieg machte, so mußte dies damals, im Jahre 1869, nicht als eine unerfüllbare Forderung erscheinen. Jedenfalls sah der General Lebrun, wenn er auch kein unterschriebnes Abkommen mitbrachte, seine Sendung keineswegs als gescheitert an. Er war des Glaubens, nach den militärischen Verabredungen hänge es nur noch an der Diplomatie, das Schutz- und Trugbündnis der drei Mächte vollends zum Abschluß zu bringen. „Niemals kam mir der Gedanke, daß der Kaiser nicht auf diplomatischem Wege das Werk vollendet hätte, das ich mit dem Erzherzog Albrecht eingeleitet hatte.“

Bis dahin war also das Ergebnis der Verhandlungen dieses: die Tripelallianz war vorbereitet, aber sie war nicht zum Abschluß gekommen, teils wegen der Forderungen Italiens in der römischen Frage, teils wegen der Zögerungspolitik Österreichs, das bindende Verpflichtungen ablehnte und im Falle des

Kriegs erst den Beginn der französischen Operationen abwarten wollte, zum Teil auch wegen der Scheu des Kaisers Napoleon, auf folgenschwere Entscheidungen das letzte Siegel zu drücken. Aber man hatte sich doch über eine gemeinsame Politik verständigt, die Preußen am Main festhalten wollte, man war sich bewußt, daß diese Politik zum Kriege führen konnte, ja führen mußte, und man hatte deshalb militärische Verhandlungen gepflogen, einen gemeinsamen Kriegsplan zwar nicht festgestellt, aber erwogen und bis ins einzelne durchgesprochen. Und zwar hatte man dabei, aller Wahrscheinlichkeit nach, den Ausbruch des Krieges im Frühjahr 1871 ins Auge gefaßt.

An diesem Punkt erhebt sich eine neue, nicht leicht zu entscheidende Streitfrage, deshalb schwer zu entscheiden, weil es doch im wesentlichen mündliche Besprechungen waren, in denen diese Dinge behandelt wurden. Auch hier stehen sich Delbrück und Duden auf der einen Seite, auf der andern Sybel, dem auch Busch folgt, gegenüber. Nach Lebrun bestand nämlich der Erzherzog Albrecht auf einem Frühjahrsfeldzug: Frankreich, Österreich und Italien sollten sich bereithalten, um gemeinschaftlich in einem Feldzug im Frühjahr, dans une campagne de printemps in Aktion treten zu können. Vielleicht ist der Ausdruck mit Absicht zweideutig gewählt. Man kann ihn so verstehen: es sei, wenn es irgend einmal zum Kriege komme, dafür die Frühjahrszeit als die für die Verbündeten günstigste zu wählen; oder aber die Meinung war die, daß der Krieg im nächsten Frühjahr zum Ausbruch kommen solle. Für die erste Annahme wird der Umstand ins Feld geführt, daß der Erzherzog Albrecht in Paris einmal zu französischen Offizieren sagte, Österreich brauche noch ein bis zwei Jahre bis zur Vollenbung seiner neuen Heeresorganisation. Schlagend ist jedoch dieses Argument schon deshalb nicht, weil die österreichische Bedingung, wie sie der Erzherzog den Franzosen gegenüber formulierte, dahin lautete, daß der Befehl zur Mobilisierung zugleich von allen drei Mächten erfolgen solle, daß Österreich aber, das sechs Wochen zu seiner Rüstung brauche, dementsprechend später als Frankreich in die Aktion treten würde. Von einer längern und unbestimmten Fristerstreckung ist hier nicht die Rede, wie ja auch später bei den Verhandlungen im Juli Österreich seinen Eintritt in die Aktion für September in Aussicht stellte. Das Entscheidende scheint doch dies zu sein, daß überhaupt schon über eine Militärkonvention verhandelt wurde. Politische Vereinbarungen können mit langer Frist getroffen werden; anders, wenn es sich einmal um eine Militärkonvention handelt, bei der doch vorauszusetzen ist, daß eine bestimmte, nicht allzu kurze bemessene Frist in Aussicht genommen ist. Es ist deshalb mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß bei den militärischen Verabredungen mit einem Feldzug im nächsten Frühjahr, im Frühjahr 1871, gerechnet worden ist.

